

**Gewaltfrei in die Zukunft.
Alte Strukturen neu betrachten
05. Mai 2022, Hannover**

An jedem dritten Tag wird in Deutschland eine Frau von ihrem Partner oder Ex-Partner umgebracht. Doch diese Femizide sind nur die Spitze des Eisbergs, die schlimmste Ausdrucksform eines Problems, das in unserer Gesellschaft stärker verbreitet ist, als allgemein angenommen, denn jede vierte Frau erlebt mindestens einmal in ihrem Leben Gewalt in der Partnerschaft.



Das Landesbüro Niedersachsen der Friedrich-Ebert-Stiftung lud zu einer Podiumsdiskussion ein, um aufzuzeigen welche Facetten das Problem der häuslichen Gewalt mit sich bringt, welche Hilfsangebote es gibt und wie sich die Situation durch die Corona-Pandemie entwickelt hat. **Martin Schulz**, Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung, begrüßte die Anwesenden und machte auf die Vielzahl an Dimensionen des Problems aufmerksam. Häusliche Gewalt habe selten nur ein Opfer, sondern schädige in der Regel die ganze Familie und auch die dort lebenden Kinder. Die betroffenen Frauen erlebten nicht nur physische Gewalt, sondern würden zudem in der Regel auch psychisch bedrängt. Die Angst vor dem Verlust der Kinder sei beispielsweise ein häufiger Grund, warum Betroffene die Täter nicht anzeigten. Martin Schulz betonte zudem, dass es Täter in allen gesellschaftlichen Gruppen gibt, unabhängig vom Bildungsgrad oder Einkommen. Er lobte eine von Stefanie Knaab entwickelte Initiative, um Betroffenen digitale Unterstützung an die Hand zu geben. Damit könne die Technologie des 21. Jahrhunderts gegen archaische Gewalt eingesetzt werden.

Im Anschluss stellte **Stefanie Knaab** ein digitales Projekt vor, das auf dem Hackathon der Bundesregierung als eines von 130 Vorhaben zur weiteren Förderung ausgewählt wurde. Um Täter nicht auf das Tool aufmerksam zu machen, nannte sie keine Details. Es soll jedoch eine gerichts-feste Dokumentation ermöglichen, einen polizeilichen Notruf integrieren und wichtige Fragen zum Thema häusliche Gewalt und Unterstützungsmöglichkeiten

beantworten. Als großes Problem nannte sie die gesellschaftliche und mediale Verharmlosung von Partnerschaftsgewalt. So würden Gerichte immer wieder mildere Urteile in Tötungsdelikten verhängen, wenn der Täter seine (Ex-) Partnerin aus angeblicher Zuneigung töte. Bezeichnungen wie „Familiendrama“ trafen den Kern des Problems nicht. Oft werde impliziert, die Opfer wären selbst schuld, weil sie sich nicht von ihren gewalttätigen Partnern trennten oder es werde ihnen nicht geglaubt. Viele Betroffene hätten daher Scheu, sich Unterstützung zu organisieren und wollten nicht stigmatisiert werden.



Die anschließende Podiumsdiskussion moderierte **Cosima Schmitt**. Zunächst erklärte **Daniela Behrens**, niedersächsische Sozialministerin, ohne Gewaltfreiheit sei keine Gleichberechtigung möglich. Sie wünsche sich eine stärkere Fokussierung auf die Täter. Denn

neben der Versorgung und Unterstützung von Betroffenen sei eine präventive Arbeit entscheidend, um das Problem langfristig zu lösen. **Steffen Krach**, Präsident der Region Hannover, betonte daraufhin die gesamtgesellschaftliche Verantwortung. Es müsse ein Wandel in den Köpfen der Menschen stattfinden, damit weniger Menschen zu Tätern und so weniger Menschen Opfer von Gewalt würden.

Franziska Burbulla, Leiterin der BISS-Interventions- und Koordinierungsstelle Hannover, ergänzte, dass es sich bei den Gewalttaten leider nicht um tragische Einzelfälle handle. Das BISS sei die erste Anlaufstelle für viele Betroffene und dort beobachte sie, wie die Verharmlosung von Partnerschaftsgewalt die Betroffenen zusätzlich beeinträchtige. Immer wieder würden Frauen denken, die von ihnen erlebte Gewalt sei ihre eigene Schuld und sie hätten keinen Anspruch auf Unterstützung. Sie richtete den Appell an alle, Unterstützungsangebote wahrzunehmen. Dazu warf **Hartmut Pfeiffer**, ehemals LKA Niedersachsen, eine persönliche Anekdote aus seiner Berufslaufbahn ein. Noch in den 1970er-Jahren sei häusliche Gewalt bei der Streifenpolizei als Privatangelegenheit gewertet worden, in die sich die Polizei nicht einmischen sollte. Hier habe sich inzwischen zum Glück einiges getan, unter anderem durch die Istanbul-Konvention. Die niedersächsische Polizei sei inzwischen sehr gut geschult, aufmerksam und wisse über Unterstützungsangebote zur weiteren Begleitung von Betroffenen Bescheid. **Caroline von der Heyden** vom Verein Gewaltfrei in die Zukunft machte ein Merkmal der entwickelten digitalen Lösung stark. Demnach sei die gerichtsfeste Dokumentation von Tatergängen eine echte Neuerung und Unterstützung für Betroffene.

Anschließend diskutierten die Anwesenden auf dem Podium über Möglichkeiten der Prävention. Daniela Behrens forderte eine verpflichtende Weiterbildung für Justizbeamt_innen, damit häusliche Gewalt nicht weiter verharmlost werde. Schon in KiTas und Schulen sollten Kinder dafür sensibilisiert werden, dass Gewalt keine legitime Form der

Konfliktlösung sein kann. Franziska Burbulla ergänzte dazu, dass viele Betroffene Angst davor hätten, ihre Kinder zu verlieren oder sie durch das Umgangsrecht mit dem gewalttätigen Partner allein lassen zu müssen. Dies erschwere Trennungen und ein Ende der gewalttätigen Beziehung sei leider nicht immer das Ende der Gewalt.

Bei Verdachtsfällen riet Caroline von der Heyden ein vorsichtiges Nachfragen und geduldiges Zuhören. Franziska Burbulla machte darauf aufmerksam, dass alle Beratungsstellen nicht nur für Betroffene, sondern auch für Angehörige, Nachbarn oder Freund_innen offen seien. Täter sollten ebenfalls Beratung in Anspruch nehmen, um ein gewaltfreies Leben zu führen. Laut Daniela Behrens ist das niedersächsische Hilfsangebot im Bundesvergleich gut aufgestellt. Steffen Krach vermutete einen Anstieg häuslicher Gewalt durch die Pandemie, zumindest wurden die Hilfsangebote laut Hartmut Pfeiffer stärker genutzt. Das Dunkelfeld der Taten liege jedoch bei 60 bis 90 Prozent. Zwar seien auch Männer von häuslicher Gewalt betroffen, allerdings seien rund 80 Prozent der Betroffenen weiblich. Je schwerer die Gewalttat, desto seltener seien Männer betroffen und desto seltener werde sie angezeigt.

Das Publikum beteiligte sich rege an der Diskussion, beispielsweise in Fragen des Sorgerechts minderjähriger Kinder, der Bestrafung von Tätern und der gesellschaftlichen Stigmatisierung von Betroffenen. Insgesamt, so das Fazit des Podiums, bleibe es daher wichtig, über häusliche Gewalt als gesellschaftliches Problem zu sprechen. In Zukunft solle zudem die Prävention verstärkt und Täter mehr in den Fokus genommen werden.